

In ländlichen Gemeinden mit einer mittleren Preisabschöpfung von weniger als 800 Meter a. d. M. dürfen bis zu 87 Prozent des vom organisierten Milchhandel der nächstliegenden Stadt geforderten Preises verlangen. Besteht indessen kein organisierter Milchhandel, darf der Landwirt in ländlichen Gemeinden für die ab Statt literweise verkaufte Vollmilch den Großverkaufspreis für 1 Liter ab Statt ausdrücklich eines Aufschlages von bis zu 15 Prozent des selben nehmen. 7. Die Festsetzung der Kleinverkaufspreise der Landwirte ab Statt in allen Gemeinden mit einer mittleren Preisabschöpfung von 800 Meter und mehr a. d. M. wird der britischen Regelung überlassen. Im Kreisstaat Sachsen haben anders lautende Preise oder Preisregelungen nur dann Gültigkeit, wenn sie vom M. P. genehmigt und in dessen Namen bekanntgegeben werden sind.

\* Eine amtliche Erklärung zur Brot-preisabschöpfung durch WTB wird mitgeteilt: In den Verhandlungen des Reichstages über das Umlagegesetz ist bereits dargelegt worden, daß mit Beginn des neuen Getreidewirtschaftsjahres, also um die Mitte August, eine Erhöhung des Brotpreises eintraten werde. Diese Erhöhung ist jetzt in den Kommunalverbänden durchweg angekündigt worden. Da es sich um eine beträchtliche Erhöhung handelt, so scheint eine Darlegung der Verhältnisse, welche die Erhöhung erforderlich machen, angezeigt. Die Höhe des Brotpreises ist — abgesehen von den nicht unerheblichen Kosten, welche den Kommunalverbänden durch ihre eigene Verwaltung den gestellten Ausgaben für Brot u. s. w. entstehen — in der Haushalte abhängig von dem Preis, zu welchem die Reichsgesetzestelle das Getreide an die Kommunalverbände abgibt. Dieser Abgabepreis, der seit Februar eine Aenderung nicht erfahren und im Durchschnitt für die verschiedenen Getreidearten 5462 Mark betragen hat, ist jetzt auf 11000 Mark erhöht (10800 Mark für Roggen und 11200 Mark für Weizen), also rechtlich verbessert worden. Die Erhöhung hat vorausnommen werden müssen, weil die Preise für das in die öffentliche Hand gelangende Getreide, für inländische Umlagegetreide und für das aus dem Auslande eingeschaffte Getreide stark gestiegen sind. Die Preise für das inländische Umlagegetreide betragen im vergangenen Jahre für Roggen 2100 Mark, für Weizen 2300 Mark; sie sind jetzt erhöht worden auf 6900 Mark für Roggen und 7400 Mark für Weizen. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr, die ihren Grund in der allgemeinen Preistiegerung und damit den gestiegenen Kosten der Produktion findet, ist also beträchtlich, bleibt aber weit zurück hinter den Preisen auf dem freien Markt oder gar auf dem Weltmarkt. Als im Vorjahr der Preis des Umlagegetriebes mit 2100 Mark bzw. 2300 Mark in Kraft trat (Mitte August), betrug der Preis im reichen Handel, der damals zum erstenmal wieder einzog, 3400 Mark für Roggen und 4800 Mark für Weizen, um nach einer Zeit beträchtlich zu steigen. Der Dollar stand zu jener Zeit circa 70. Bei der Festsetzung der Preise für dieses Jahr, im Juli, betrug der freie Marktpreis für inländischen Roggen etwa 18000 Mark, für Weizen ungefähr 18000 Mark und der Dollar stand etwa 100. Der Preis für ausländischen Weizen lag noch höher. Mittlerweile sind die Preise noch stark gestiegen. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß der Reichskreis, der für Abgaben der Reichsgesetzestelle an die Kommunalverbände errechnet werden muß, eine sehr beträchtliche Erhöhung erfahren müsse. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß in dem Abgabepreis von 11000 Mark die Umsatzsteuer enthalten ist, ferner, daß die Reichsgesetzestelle das Getreide trachten ließ, und daß die Frachtfäse seit Februar mehrmals beträchtlich erhöht worden sind. Die Erhöhung gegenüber dem im Februar festgesetzten und bis jetzt durchgestellten Abgabepreis von 5462 Mark ist mithin über das unumgänglich Notwendige nicht hinausgegangen. Daß der Abgabepreis noch auf circa 11000 Mark gehalten werden kann, ist der Umlage zuzuschreiben, die es einmal ermöglicht, die Preistiegerung in möglichsten Grenzen, und ferner den Abgabepreis wenigstens für einen gewissen Zeitraum auf gleicher Höhe zu halten, und damit das Brot den großen Schwankungen der täglichen Marktpreise zu entziehen.

\* Besuch des Reichspräsidenten in Dresden. Reichspräsident Ebert und Reichswehrminister Groener hatten am heutigen Dienstag der Alten Bergbau AG in Senftenberg einen Besuch ab. Im Anschluß hieran wird sich der Reichspräsident zum Besuch der sächsischen Regierung nach Dresden begeben und bei dieser Gelegenheit auch die Jahresfeier Deutscher Arbeit besichtigen.

\* Das Volksbegehrten. Der Landesvorstand und die Landtagsfraktion der Kommunistischen Partei in Sachsen sandten an die Landesverbände der SPD und der USPD ein Schreiben, worin sie mitteilten, daß sie in der Landtagssitzung am 28. August für das Volksbegehrten stimmen werden, weil das die Landtagsaufstellung bedeute. „Da ihr, so schreiben sie, durch die Verschmelzung nur noch eine Fraktion sein werdet und mit kommunisten mit einer stärkeren Fraktion (!) im Landtag einzelnen werden, wird die parlamentarische Grundlage des Proletariats verstärkt... Wir fordern Euch auf, trotz allem Gegenseitlichen, was uns von einander trennt, in einheitlicher Front gegen die Bourgeoisie mit uns den Landtag aufzuhören.“

\* Die Gesellschaft „Fidelitas“ veranstaltete am Sonntag in Bautzen ein gutbesuchtes Sommerfest, das schon äußerlich durch die schöne Schmückung (unzählige Lampions) ein fehlloses Empfehlung erhielt. Wegen des unbeständigen Wetters mußte ein Teil des Programms im Saale abgesetzt werden. Im Garten wurde ein schöner Adler abgeschossen und hierauf unter den Klängen der Muß und beim Scheine der Lampions der Um- und Einzug gehalten. Das Fest selbst, auf das wohl jeder Teilnehmer mit voller Zufriedenheit zurückblickt, schloß mit einem flotten Tanz.

\* Handelspolitische Warenbörsen zu Großenhain. Es wurden notiert (nichtamtlich) am Sonnabend, den 12. August 1922: alt Weizen 1625/50; Roggen 1200, gefund und trocken; alt Döser 1500; neu Döser 1250; Mais 1550; Maistrock 1600; Kleie 1000; R. u. W. Stroh 250; Haferstroh 270; Heu 800 bis 900. Die Preise verstehen sich für den Beimter in Mengen unter 5000 Kilogramm.

\* Herr Regierungsrat Dr. Merzdorf bei der Amtshauptmannschaft Großenhain wird Mitte dieses Monats zur Amtshauptmannschaft Weissen und Herr Regierungsrat Möller bei der Amtshauptmannschaft Weissen zur Amtshauptmannschaft Großenhain versetzt.

\* Reform des Kassen- und Rechnungswesens in den Amts- und Kreishauptmannschaften. Die dringend notwendig gewordenen Reformarbeiten für das Kassen- und Rechnungswesen der Amts- und Kreishauptmannschaften sind von der 1. Abteilung des Ministeriums des Innern soweit fertiggestellt worden, daß mit der Durchführung der neuen (auch vom Staatskrediturhof grundsätzlich gebilligten) Modelllinien vom 1. Oktober ab gerechnet werden kann. Die Umstellung des bisherigen Systems der amts- und kreishauptmannschaftlichen Kassen- und Rechnungsführung besteht einmal in der Belebung der leitenden Kassenstellen durch z. B. Beamte und zum anderen in der planmäßigen Aus- und Durchbildung der Stellenanwärter für den Kassendienst. Außerdem ist in Abhängigkeit der besonders gearteten Verhältnisse bei diesen Behörden die Herausbildung einer Anzahl von Kassen- und Rechnungsbeamtenstellen geplant. Hand in Hand damit wird aus Gründen der Geschäftsvorleistung eine zeit-

gemäße Ausgestaltung der Vorbrüche zu den Kassenbüchern und insbesondere die Einführung eines über alle Kassenvorgänge ausschließend gebenden und tägliche Abschlüsse ermöglichen Tagebuches geben. Mit dieser grundlegenden Neuordnung wird nicht nur eine noch höhere Gewähr für die Schnelligkeit, Ordnungsmäßigkeit und Sicherheit in diesem Verwaltungsbereiche geboten, sondern es soll auch erreicht werden, daß der Kassenleiter entlastet wird darunter, daß er nicht nur den nötigen Überblick erhält, sondern sich auch mehr noch als bisher höheren finanziellen Aufgaben mit den Augen der Allgemeinheit widmen kann.

\* Die angekündigte Mißhandlung des Vandenführers Höls. Herr Justizrat Viktor Frankel in Berlin, einer der Beredigten von Max Höls, ließ am Anfang dieses Monats einen ärgerlichen Zeitungsaufschlag erscheinen, in dem er erklärte, daß Höls, wie ihm letzterer gesagt habe, im Buchhaus in Münster in höchst unerlaubter Weise behandelt wurde. Es mißhandelt wurde. Die Generalstaatsanwaltschaft in Hamm hat diese Angelegenheit einer Untersuchung unterworfen und sie läuft in einer langen Verhandlung in der „Neuen Westfälischen Zeitung“ in Bremen vom Montag, den 14. August, richtigkeiten, daß die Hauptversammlung des Herrn Justizrat Frankel, erhalten von Höls, nicht richtig sind. Gleichzeitig erfolgt in der Erklärung der Generalstaatsanwaltschaft eine eingehende Schilderung der genauen einzelnen Vorgänge.

\* Zum Streik der sächsischen Müller berichten auswärtige Blätter: Am Montag erschienen die Müller in den Mühlbetrieben Sachsen noch nicht an ihren Arbeitsplätzen. Sie stellten an den Mühlens Streikposten auf. Die Forderung betraf in der Spitzengruppe 1800 Mark für die Woche, der Schiedsspruch setzte aber den Lohn auf 1500 Mark fest, was die Mühlensarbeiterchaft ablehnte. Es wurde eine Urabstimmung veranlaßt, durch die der Streik mit Dreiviertel-Mehrheit beschlossen wurde. Eine Forderung an die Arbeitgeber zu neuen Verhandlungen war nicht ergangen. Die Zahl der auständischen Mühlensarbeiter in ganz Sachsen dürfte 2400 bis 2500 betragen. Heute, Dienstag, finden im Arbeitsministerium Verhandlungen statt, da sich das Ministerium, weil es sich um einen Landesstreik handelt, zum Eingreifen veranlaßt gesehen hat.

\* Bork. Am Sonnabend wurde das Leichnerische Hausgrundstück von einem Brande heimgesucht, der das Dach und das Obergeschoss zerstörte. Das Feuer war durch einen Blitzeinschlag verursacht worden.

\* Großenhain. Wieder festgenommen wurde der fürstlich aus dem bissigen Amtsgericht entwichene Strafgelandene Mittel. Dieser hatte in Nöthenbrück einen Einbruchsdiebstahl ausgeschüttet und es gelang ihm in Weihen wieder festzunehmen. — Ein Einbruchsdiebstahl, bei dem dem Einbrecher Material von grohem Wert in die Hände gefallen ist, wurde in der Nacht zum 11. August beim Schmiedemeister in Lins ausgeschüttet. Der Einbrecher hielt dort 20 neue Fahrrad-Gummiringe. Continental, 20 neue Schläuche mitgebracht. Auf den Schläuchen und Mänteln waren die Preise mit Bleistift aufgeschrieben. Weiter entwendete der Einbrecher ein Fahrrad, Mark Columbus.

\* Reichenbach. Von den Stadtverordneten war wiederholt die Befreiung von Kartoffeln für Minderbemittelte angeregt worden. Der Stadtrat will dieser Anregung nachkommen.

\* Jüdenbach b. Bautzen. Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, von der Einführung der Totenkostenabstättung aus finanziellen Gründen Abstand zu nehmen.

\* Leipzig. Der gestrige Tag sollte im Kellnerstreich die endgültige Entscheidung bringen. Allerdings wurde eine Einigung im Kellnerstreich erwartet, nachdem der sächsische Ministerpräsident Brix und der Leipziger Kreishauptmann Lange persönlich in die Verhandlungen eingegriffen hatten. Der Arbeitgeberverband der Gastron. hat aber auch gestern den leichten Vermittelungsvoorschlag des Kreishauptmanns Lange abgelehnt. Dieser ging dahin, die Streitenden sollten die Arbeit sofort wieder aufzunehmen zu erhöhen der Teuerung angepaßten Löhnen. Die Streitfrage über die Bedienungsgelder sollte einem Schiedsgericht unterbreitet werden. Dies wurde ebenfalls von den Arbeitgebern abgelehnt, während die Streitenden zustimmen. Eine Verschärfung war insofern bereits eingetreten, als die Streitenden die Bierfahrer, die Bier in die bestreiten Gebiete fahren wollten, an der Arbeit verhinderten. Polizei mußte die Ruhe wieder herstellen. In der Versammlung der Arbeitgeber wurde die Bebauung aufgestellt, Interessenten der Frankfurter Messe hätten den streitenden Kellnern große Summen zur Verfügung gestellt, damit der Streik bis über die Leipziger Messe andauere und dieser Messe großer Schaden zugefügt werde. Am Dienstag will Kreishauptmann Lange die Leipziger Bevölkerung auffordern, Mietkremde soweit möglich ins Haus zu nehmen und zu bestätigen, falls der Streik bis zur Messe noch nicht beigelegt sei.

## Neueste Nachrichten und Telegramme vom 15. August 1922.

### Berliner Pressestimmen.

Der „Berliner Volksanzeiger“ schreibt: Wenn auch noch so langwierige und mühsame Beratungen im engsten Kreise keine Verständigung unter den Ententemächten zu erzielen war, so ist wohl der Schluß unabdinglich, daß hier Gegenseite vorhanden sind, die überhaupt nicht mehr zu überbrücken ist. Neutralpolitik auf der einen und Gewaltpolitik auf der anderen Seite. — Der „Tag“ erklärt: Daß man leider befürchten muß, daß England seine Handlungsfreiheit nicht dazu benutzen werde, um französischem Irland entschädigt mit militärischen Mitteln einzutreten. Aus diesem Grunde müssen wir auf Schlimmes gesetzt sein. Darum fort mit allem inneren Hader und aller Uneinigkeit. Beigt, daß wir nicht willens sind, unsere Freiheit zum Opfer zu bringen. Deutschland über alles. — Der „Vorwärts“ meint: Entscheidend ist, daß Frankreich wohl durch seine militärischen Mitteln in der Lage ist, sogenannte Sanktionen zu ergehen, daß es aber nicht in der Lage ist, wirkliche wirtschaftliche Zwangsmittel einzusetzen. — Die „Germania“ möchte wissen, ob denn Herr Voynars, der immer noch bei Deutschland den guten Willen zu vermissen vorsieht, glaubt, daß für ihn und seine Politik die Naturgesetze sich wandeln würden, daß seine Prachtausstattung in Deutschland Värmter erzeugen könnte. — Das „Berliner Tageblatt“ urteilt: Heute hat Lloyd George, falls es wirklich zum Bruch der Entente, der noch nicht daßselbe ist wie der Bruch der Konferenz, kommt, eine viel stärkere Popularität als nach Genua. Aber trotzdem darf man nicht die ungeheure Rückwirkungen unterschätzen, die es auf die öffentliche Meinung in England haben wird, wenn sie sieht, daß das lange befürchtete aber niemals ernstlich geglaubte „Surplus“ Wirklichkeit wird. — Die „Vossische Zeitung“ betont, für Deutschland steht nur das eine fest, daß wir heute weniger denn je zahlen können. Niemand wird heute zu prophezeien wagen, zu welchen überwiegenden Schritten sich transatlantische Verhältnisse in der nächsten Zeit verleiten lassen wird. Das deutsche Volk ist am Ende seiner Leistungsfähigkeit. Es darf für die Regierung kein Jurist mehr geben. — In der „Täglichen Rundschau“ wird gefragt: Wieso Mittel-Europa zu einem Armenhaus wird, dann wehe Ost- und West-Europa. Lloyd George wollte wieder einmal fair gegen Deutschland sein, aber das Niveau der Unterhaltung sank tiefer und tiefer und dann — kam Dester-

reich. — Die „Deutsche Tagesschau“ hält es für verfehlt, aus einer Trennung unserer ehemaligen Kriegsgegner nur Nachteile für uns erblicken zu wollen. Dieser Dornenweg müsse zur Rettung führen, wenn Deutschland endlich einmal die Seelen der Zeit verkehrt. — Die „Rote Fahne“ schließt ihren Kommentar: Die Arme kann nur gelöst werden, wenn die Arbeiterschaft entschlossen die Bourgeoisie antritt. Ein Preis, der von ihr verlangt wird, zu zahlen. — Die „Deutsche Zeitung“ erklärt dünnig: Wir dürfen uns jedenfalls nicht lange machen lassen — es wird nicht gezahlt und damit Schluss!

### Die Gerhart Hauptmann-Festspiele.

\* Breslau. Die Gerhart Hauptmann-Festspiele fanden Montag abend mit der Aufführung der „Weber“ und der „Verlorenen Glocke“ ihre Fortsetzung. In der Jahrhunderthalle folgte ein fast ausverkauftes Haus mit stellenweise sehr startem Beifall der Aufführung der „Weber“. Zum Schlus bereitete das begeisterte Publikum dem Dichter große Applaus. Im Lobettheater ging Montag abend die „Verlorenen Glocke“ in einer bis ins Kleinste gelungenen Aufführung in Szene. Der Beifall des ausverkauften Hauses noch jedem Aufführung war stürmisch. Gerhart Hauptmann wohnte der Aufführung bis kurz vor Schlus bei. Nach dem dritten Akt erhielt der Dichter auf der Bühne und nahm inmitten der Mitspielenden den Dank des begeisterten Publikums entgegen.

\* Gericht über einen monarchistischen Putsch in Wien. Der Parlamentskorrespondenz aufgeht hat die Polizei den Präsidenten der österreichischen Staatspartei Kounig Hovning auf Grund von Gerüchten verhaftet, nach denen Hovning für Dienstag oder Mittwoch einen monarchistischen Putsch in Wien plante und die Besetzung der wichtigsten Staatsgebäude sowie die Internierung der republikanischen Führer beabsichtigte. Da positive Anhaltpunkte hierfür nicht gefunden wurden, wurde Hovning nach dem Verhör wieder entlassen.

### Gesetzungen Voynars.

\* Paris. Voynars empfing gestern abend die Vertreter der Presse und erklärte ihnen: Ich glaube nicht, daß jemand die französische Delegation anklagen wird, sie habe es im Laufe der letzten zehntägigen Beratungen an Schulden gelassen. Keiner unserer Vorschläge ist angenommen worden. Unser Recht in der Reparationsfrage ist unantastbar. Die Österreicher Frankreichs sind bekannt; sie röhren nicht nur von den vom Feinde begangenen Verstümmelungen, sondern auch von denen hier, die wir und unsere Alliierten begehen müssen, um die Angreifer aufzufangen. Nichtdestoweniger und obwohl man die Bedeutung unserer Vorschläge anerkennen mußte, wollte man diese Priorität, auf die wir ein Recht zu haben glaubten, nicht anerkennen. Als wir im Mai 1921 den Zahlungsplan annahmen, hofften wir, kein weiteres Entgegenkommen mehr bezeugen zu müssen. Seit dieser Zeit hat sich Deutschland nicht nur dem Zahlungsplan entzogen, sondern auch den Beweis geleistet, daß es die systematische Einwerbung der Mark verfolgt. Ich erinnere nur davon, daß es bei Tschchoslowakei eine Anleihe von vier Milliarden Mark angeboten hat, was übrigens Venetien zurückwies. Es hat Banken in Dänemark, Rumänien und Holland gegründet mit der Absicht, den Verkauf der Mark im Auslande zu erleichtern, sobald die Preise im Innern Deutschlands steigen würden. Anderseits hat Deutschland seine auswärtigen Schulden, und die innere Schulden wird geringer in dem Maße, wie die Mark fällt, während Frankreich und England die Last ihrer ungeheuren Schulden tragen müssen. Mit einem Worte: Deutschland verfolgt mit Beharrlichkeit eine Politik, die ihm gestattet, vor den Augen Europas Bankrott zu machen und so eine neue Herabsetzung des Zahlungsplanes zu erlangen. Unzweifelhaft ruiniert das Reich seinen Kredit; aber es hat die Alliierten gebeten, eine innere Anleihe zu begründen, die ihm seinen Kredit wiederherstellen soll. Deutschland hat außerdem gebeten, daß die erste Kreditoperation, die man ihm ermächtige, ohne Zwang und ohne Pfand erfolge. Wenn nun diese Kreditoperation etwa 20 Milliarden Mark für die Reparation ergeben sollte, so würde Deutschland annehmen, daß es genug bezahlt habe. Seine Lage würde also dann besser sein als die der siegreichen Nationen; denn es hätte nur eine schwache innere Schulden, während seine Industrie sich in voller Tätigkeit befindet. Es würde alsdann den Staaten der Alliierten die Hegemonie in der Welt wieder abnehmen, die die Alliierten ihm entzogen haben. Das ist der deutsche Plan.

Voynars sprach dann von der Note Ballouxs und von seiner Absicht, eine gemeinsame Regelung aller aus dem Kriege überkommenen Schulden vorzuschlagen. Auch gestern sei er bereit gewesen, diese gemeinsame Regelung vorzuschlagen; sie sei aber augenblicklich wegen des englischen Widerstandes unmöglich. Wir wollten alsdann, fuhr Voynars fort, daß die Reparationskommission eine bedeutsame Vereinfachung feststelle; aber wir wurden daran durch die von der englischen Regierung ergriffenen Initiative gehindert, die, ohne und vorher verständigt zu haben, erklärt, es sei unerlässlich, ein Moratorium zu bewilligen. Ich beeile mich, hinzu zu sagen, daß wir der Ansicht sind, daß diese Initiative freundlich ist, daß sie aber die Entente in Gefahr bringt. Die britische Regierung hat übrigens eine gleichlange Initiative dadurch ergriffen, daß sie erklärt, sie unterstütze das Verlangen Deutschlands, in den Völkerbund aufgenommen zu werden. Da nun England angesichts des Moratoriums dieselben Standpunkt einnahm, befinden wir uns einer Tatsache gegenüber und erklären deshalb, daß Moratorium sei eine negative Maßnahme, und wir könnten ohne Sicherheit und effektive Kontrolle nur etwas Steriles, in der Folge Fälschungen unternehmen. Das bot man uns an? Eine Abzessionäre Abgabe vom deutschen Export und Zollzinsen. Damit könnten wir uns nicht begnügen, weil es sich um eine Maßnahme handelt, die schon im letzten Jahre ergriffen worden war, und weil die Gattung der englischen Regierung sich umso weniger aufrecht erhalten ließ, als das englische Kabinett die Verantwortung Deutschlands anerkannte, was aus dem Vorwort zu den zehn Vorschlägen Lloyd Georges hervorgeht, in dem es heißt: Daß der deutsche Regierung in den Zahlungsplan vom Mai 1921 aufgelegten Zahlungsverpflichtungen sind nicht erfüllt worden.

Die Parzabungen wurden nur 1921 an den festgesetzten Terminen vollzogen. Die deutsche Regierung teilt nun mit, daß sie unsfähig sei, die für 1922, 1923 und 1924 herausgelegten Zahlungen zu leisten. Die Noblen- und Holländische Lieferungen wurden nicht vollkommen ausgeführt. Die deutsche Regierung hat seit dem Wassentilstande ihr Budget dadurch ausgleichen, daß sie Schabbons ausgab und die Zahlungen durch Erhöhung des Notenumlauf bewerkstelligte, aber dadurch die Mark entwertete und ihren Goldwert zerstörte. In gleicher Zeit hat sie große Summen für Unterstützungen ausgegeben und erst jüngst Maßnahmen getroffen, um dieses Regime zu befehligen. (Fortsetzung folgt.)

### Zum Abbruch der Londoner Konferenz.

\* London. (Reuter). Die amtliche Mitteilung über den Schluß der Konferenz lädt die Stellung erkennen, in der der Abbruch erfolgte. Lloyd George erklärte in der Versammlung gestern früh, Großbritannien sei gewillt, erstmals den italienischen Vorschlag bei Vertragung der Konferenz bis zum Ende des Jahres anzunehmen, zweitens die Frage des Moratoriums der Reparationskommission zur Entscheidung zu überlassen, drittens zugestimmen, daß die bereits vom Garantiekomitee gesetzten und das Deutschland